



INLAND

In wirtschaftlichen Krisenzeiten behauptet sich die Vergnügungsindustrie oft.

SEITE 7



SPORT

Marco Büchel fährt beim ersten Training in Kitzbühel auf den elften Rang.

SEITE 15



Landespolizei sucht Zeugen

Eine unbekannte Täterschaft verletzten in der Nacht auf Sonntag eine Person in Triesen. Der Mann befand sich gegen 4.30 Uhr vor einem Club an der Maschinastrasse, als ihm der männliche Unbekannte von hinten mit der Faust ins Gesicht schlug und ihm mehrere Fusstritte verpasste. Das Opfer erlitt einen Jochbeinbruch und diverse Prellungen. Der Täter ist etwa 20 Jahre alt, zwischen 1.80 und 1.90 Meter gross und trug zum Tatzeitpunkt einen Ziegenbart. Personen, welche Angaben zu der Person des Angreifers machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter +423/ 236 71 11 zu melden. (lpfl)

Obama nimmt seine Arbeit auf

US-Präsident Barack Obama hat seine Amtszeit mit einem spektakulären Entscheid begonnen: Als eine der ersten Amtshandlungen ordnete er an, dass die anhängigen Verfahren gegen Terrorverdächtige bei den Militär-Sondergerichten in Guantánamo für 120 Tage ausgesetzt werden. (sda) SEITE 12

Asyl für Häftlinge aus Guantánamo

Mehrere Länder, darunter die Schweiz, sind willens, die Aufnahme von Häftlingen aus dem umstrittenen Lager auf Kuba zu prüfen. Die Schweizer Regierung begrüsse die Absicht von US-Präsident Barack Obama, Guantánamo so rasch wie möglich zu schliessen. Denn für die Schweiz seien die dortigen Inhaftierungen völkerrechtswidrig. Auch andere europäische Länder – namentlich Frankreich, Portugal und Grossbritannien – signalisierten offenbar bereits Bereitschaft zur Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen. (sda)

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3 – 11
Ausland	12
TV-Programme	13
Boulevard	14
Sport	15 – 18
Cinema	22
Kultur	23, 24
Wirtschaft	25 – 27
Die Letzte	28

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Marketing: marketing@vaterland.li



Den Weg weitergehen



Die Diskussionssteilnehmer am Schaaner Wirtschaftsdialog aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft: Arnold Matt, Präsident der Wirtschaftskammer, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, der Schaaner Vorsteher Daniel Hilti, Carsten-Henning Schlag, Leiter der Konjunkturforschungsstelle, und Bruno Güntensperger, VR-Präsident der Post (v. l.). Bild Daniel Schwendener

Der Schaaner Wirtschaftsdialog hat gezeigt, dass sich Politik und Wissenschaft einig sind: In der derzeitigen globalen Krise sollte Liechtensteins Wirtschaftspolitik nicht von ihrem bisher beschrittenen Weg abkommen.

Von Heribert Beck

«Um die Krise zu meistern, braucht Liechtensteins Wirtschaft attraktive Rahmenbedingungen und einen verlässlichen Staat», sagte Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschütscher bei der dritten Auflage des Schaaner Wirtschaftsdialogs. Daher sei es ratsam, nicht von den derzeitigen langfristigen Strategien abzuweichen, die auf eine Stärkung von Innovationskraft und Produktivität setzen. «Gerade auch in der jetzigen Zeit dürfen wir den Weg einer Wirtschaftspolitik, die

möglichst wenig in die unternehmerische Freiheit eingreift, nicht verlassen.»

Die zur Bewältigung der Krise notwendigen Rahmenbedingungen sieht Tschütscher nicht zuletzt in gut ausgebildeten Fachkräften. Dazu müsse bereits in der Schule Wert darauf gelegt werden, dass das technische Interesse nicht verloren gehe. Für die Unternehmen müsse die Möglichkeit zu einem optimalen Wissens- und Technologietransfer geschaffen werden. Nicht ausser Acht lassen dürfe der Staat ausserdem die Sozialpartnerschaft, die auch in Zukunft gut funktionieren müsse.

Auf die Stärken besinnen

Ein verlässlicher, nicht überproportional anwachsender Staat brauche eine effiziente Verwaltung, weshalb eine Regierungs- und Verwaltungsreform unerlässlich sei. Genauso unerlässlich wie eine verlässliche aussenwirtschaftliche Strategie und ein aktives Standortmarketing. «Wir dürfen

uns nicht gefallen lassen, dass Liechtenstein im Ausland stets negativ präsentiert wird. Wir müssen die Stärken unserer Industrie und unseres Gewerbes nach aussen tragen.»

Diese Stärken sind es, die dazu beitragen werden, dass Liechtensteins Unternehmen die Krise verhältnismässig gut überstehen werden, ist der Leiter der Konjunkturforschungsstelle, Carsten-Henning Schlag, überzeugt. «Der Standortvorteil und die in Liechtenstein angefertigten innovativen Produkte müssen Selbstvertrauen spenden. Nun gilt es, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen.» Auch Klaus Tschütscher glaubt an die Stärke der Liechtensteiner Unternehmer. Dank Polstern, die sie in den vergangenen Jahren anlegen konnten, werde es ihnen gelingen, die Krise zu überstehen. «Wichtig ist aber, dass wir in Gremien wie dem EWR oder der WTO auf einen weiterhin offenen Marktzugang pochen.» SEITE 3

Steuerreform geht in Vernehmlassung

Die Regierung will mit einer umfassenden Steuerreform die Standortattraktivität Liechtensteins für Unternehmen und Finanzdienstleister steigern. Die Vorlage wurde am Dienstag in die Vernehmlassung geschickt.

Von Günther Fritz

«Mit dieser Reform machen wir Liechtenstein insbesondere als Unternehmensstandort noch attraktiver», sagte Regierungschef Otmar Hasler an der gestrigen Medienorientierung in Vaduz. Steuerpflichtige juristische Personen, die in Liechtenstein gewerblich tätig sind, sollen künftig Ertragssteuern

zu einem einheitlichen Steuersatz von 12,5 Prozent entrichten. Besondere Gesellschaftssteuern werden laut Vorschlag der Regierung abgeschafft. Auf die Erhebung einer Kapitalsteuer soll ebenso verzichtet werden, wie auf Coupon-Steuern und die Besteuerung von Dividenden. Ausserdem ist für konzernverbundene Unternehmen eine moderne Gruppenbesteuerung vorgesehen, mit der unter anderem eine konzerninterne Doppelbesteuerung vermieden werden soll. Die Reform bringe auch Familien grosse Entlastungen, betonte Hasler: Unter anderem sind die Abschaffung der Nachlass-, der Erbanfalls- und der Schenkungssteuer sowie die Einführung eines höheren Freibetrages vorgesehen.

Obwohl Regierungschef Otmar Hasler acht Jahre gebraucht hat, um gestern den Vernehmlassungsentwurf zur Steuerreform zu präsentieren, gibt er sich davon überzeugt, dass diese umfassende Reform rechtzeitig komme. Nach Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher befände sich Liechtenstein heute in einer deutlich besseren Wettbewerbsposition, wenn die Steuerreform früher umgesetzt worden wäre: «Die Unternehmen könnten gerade in der jetzigen schwierigen Situation von einer solchen Reform profitieren und wir müssten nicht in Kauf nehmen, dass wir diese Reform am Anfang mit dem Abbau von Staatsreserven finanzieren müssten.» SEITE 4 UND KOMMENTAR

KOMMENTAR

STEUERREFORM ALS WAHLHILFE

Von Günther Fritz

Der Druck auf Regierungschef Otmar Hasler, die seit zehn Jahren als dringlich erkannte Steuerreform endlich in die Vernehmlassung zu schicken, war zweifellos gross. Der Ruf im Innern nach einem wettbewerbsfähigen Steuersystem, das dem Wirtschaftsstandort Liechtenstein neue Chancen bietet, wurde seit dem Ausbruch der Finanzplatzkrise immer lauter. Zudem ist ein international kompatibles Steuerrecht Voraussetzung für Doppelbesteuerungsabkommen, welche vonseiten der liechtensteinischen Industrie und vom Landesfürsten schon seit Jahren gefordert werden.

Aber auch von aussen nimmt der Druck zu. Ende Januar kommt die Wettbewerbs- und Staatsbeihilfe-Abteilung der ESA nach Liechtenstein. Thema dürfte dabei erneut die seit 1995 bekannte Problematik sein, inwieweit bestimmte Steuerarten einer staatlichen Beihilfe entsprechen. In den letzten acht Jahren hat Otmar Hasler im Landtag immer wieder erklärt, dass die Steuerreform auf gutem Wege sei. Nun hat er sie gestern in Form eines Vernehmlassungsentwurfs präsentiert. Nachdem er nun zwei ganze Mandatsperioden für das Schnüren dieses Steuerpakets gebraucht hat, durfte man gespannt sein, was für ein Jahrhundertwerk nun vorgestellt wird.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich drei Viertel der vorgeschlagenen Massnahmen im Vernehmlassungsentwurf aus dem Jahre 2000 sowie in den Ergebnissen der «Arbeitsgruppe zur internationalen Entwicklung des Steuerrechts» und in verschiedenen Aufsätzen wiederfinden. Alle diese genannten Papiere stammen aus der Feder des damaligen Amtsvorstand-Stellvertreters des Steueramtes, Klaus Tschütscher. Wäre der Regierungschef auf den erfahrenen Steuerexperten Klaus Tschütscher zugegangen und hätte die unbestrittenen Kompetenzen seines Koalitionspartners in Anspruch genommen, könnte die Steuerreform schon längstens auf dem Tisch sein. Stattdessen präsentiert Otmar Hasler das Steuerpaket zwei Tage vor der Eröffnung der Briefwahl lieber als «FBP-Reform», um vor den Wählerinnen und Wählern in letzter Minute den Eindruck zu erwecken, nicht nur entschleunigte Politik betrieben zu haben.